

## DUMA-WAHLEN: KREML-PARTEI ALS STÄRKSTE KRAFT IN RUSSLAND

Bei der Staatsduma-Wahl am vergangenen Sonntag siegte die Regierungspartei „Einiges Russland“ mit 54,27 Prozent der Stimmen. Auf Platz zwei landete die Kommunistische Partei mit 13,52 Prozent. Weiter folgten die Liberal-Demokratische Partei mit 13,28 Prozent der Stimmen und die Partei „Gerechtes Russland“ mit 6,17 Prozent der Stimmen.

„Es ist offensichtlich, dass die überwiegende Mehrheit der Wähler de facto dem Präsidenten ihre Unterstützung bekundet hat. Ein weiteres Mal hat der Präsident ein solch beeindruckendes Vertrauensvotum vom Volk erhalten,“ so der Kreml-Sprecher Peskow. Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ist das Wahlergebnis auf die schwierige Beziehung mit der EU und den USA zurückzuführen.

„Unter den Bedingungen solcher Schwierigkeiten, vieler Ungewissheiten, Risiken wählen die Menschen natürlich die so genannte Stabilität. Sie trauen der führenden politischen Kraft, der Regierung. Doch die Ergebnisse der Wahlen spiegeln zudem die Reaktion unserer Bürger auf die Versuche des Druckaufbaus auf Russland von außen, auf Bedrohungen, Sanktionen, auf Versuche, die Situation im Land aus dem Inneren zu destabilisieren, wieder,“ sagte Putin.

Bei der Duma-Wahl 2011 hatte die Regierungspartei nur 49,32 Prozent der Stimmen erhalten. Trotz des Stimmenzugewinnes von rund 5 Prozent, fällt die Wahlbeteiligung bei den Sonntagswahlen gering aus. Noch im Jahr 2011 lag die Wahlbeteiligung bei 63,71 Prozent, 2016 fiel die Wahlbeteiligung auf rund 48 Prozent.

Insgesamt waren mehr als 111 Millionen Russen weltweit zur Stimmabgabe aufgerufen. Anders als 2011 wurde diesmal nur die Hälfte der 450 Mandate in der Duma nach Parteien vergeben. Die weiteren 225 Sitze werden wieder durch Direktmandate besetzt. 14 Parteien und 2100 Direktbewerber traten an.

### KOMMENTAR

»Bei CETA genau hinschauen«

Von Alice Greschkow

Bei der Kritik an Freihandelsabkommen kochen die Emotionen hoch. TTIP gilt nahezu als verworfen, dafür haben auch die Massendemonstrationen auf den europäischen Straßen gesorgt, aber wie viel Kritik ist tatsächlich noch sachlich, wie viel ist polemisch?

Als Sigmar Gabriel beim SPD Konvent die Unterstützung für CETA erhielt, hagelte es Kritik von den Linken, den Grünen und Umweltverbänden. Dabei scheint es, als würde man die unreflektierte Kritik an TTIP direkt auf das Abkommen zwischen der EU und Kanada adaptieren. Warum ist es gerade bei CETA so? Seit 2000 wurden 16 Freihandelsabkommen geschlossen, unter anderem mit Mexiko und dem Technik-Riesen Südkorea und die allermeisten interessierten sich nicht für die Inhalte dieser Verträge.

Private Schiedsgerichte und zweifelhafte Paragraphen zum geistigen Eigentum, die an das blockierte Anti-Piraterie-Abkommen ACTA erinnerten, sind mittlerweile kein Bestandteil der CETA-Verhandlungen. Zugeständnisse für Arbeitnehmer- und Umweltschutz wurden gemacht, die Entscheidungshoheit von Parlamenten ist gesichert.

Kritik an unkontrolliertem Freihandel ist zwar berechtigt, aber nur, wenn sie sich auch aktuelle Entwicklungen und Tatsachen aufgreift, anstatt die anfänglichen gravierenden Schwachpunkte zu wiederholen.

Insgeheim scheint es nicht um Kanada zu gehen, sondern darum, wie die anhaltenden Krisen in Europa bewältigt werden können. Die grundsätzliche Frage, ob ein protektionistischer Ansatz oder Freihandel die schwächelnde Konjunktur stimulieren können, um die EU langfristig zu stärken, ist unterschwellig der Kern der Skepsis. Unabhängig davon, für welche Position sich die Mehrheiten bilden – es ist Zeit sich aus der Schockstarre zu lösen und sinnvolle Möglichkeiten für die europäische Entwicklung zu wählen.

### BUNTES AUS BERLIN

#### WEITLÄUFIG: DER 43. BERLIN MARATHON

Am Sonntag findet der 43. Berlin-Marathon statt. Für die 41 Kilometer lange Strecke haben sich über 41.000 Läufer aus aller Welt angemeldet. Die schnellste Frau der Welt, Aberu Kebede aus Äthiopien, möchte dabei ihren Rekord brechen und in weniger als 2:20 Stunden am Ziel sein. Der Mara-

thon vereint jedoch nicht nur Sportbegeisterte, sondern auch Musikliebhaber. Die Veranstalter versammeln insgesamt 1000 Musiker - alle 500 Meter sind Bühnen aufgebaut, auf denen 80 Musiker spielen werden. Ob Jazz, Pop, oder World Music - die Mischung dabei wird bunt.

#### IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:  
Alice Greschkow, Evgenia Laznik  
Telefon 030.810588811  
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



# INSIDER

## ABRÜSTUNG: WIR MÜSSEN MITEINANDER REDEN



Von Karl-Heinz Brunner MdB, Obmann des Unterausschusses "Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung" der SPD-Bundestagsfraktion

Sei es die Situation auf dem Mittelmeer, die Auseinandersetzung auf der Krim, der Konflikt in Syrien: Jede Krise weltweit führt direkt zum Ruf nach mehr Militär, nach mehr Waffen. Dabei bietet sich uns eine historische Chance zur Abrüstung. Doch das Zeitfenster, in dem wir sie ergreifen können, ist kurz.

Für das Jahr 2016 hat Deutschland den OSZE-Vorsitz inne, die Bundesrepublik genießt das Ansehen und das nötige Vertrauen in der Welt, um einen echten Neustart der Rüstungspolitik zu initiieren. Es darf nicht mehr nur um die bloße Reduzierung der Zahl der Truppen gehen. Denn wir sollten auch über neue Entwicklungen sprechen, die 1973, als die erste Konferenz über Sicherheit und Zusam-

menarbeit für Europa in Helsinki stattfand, noch gänzlich unbekannt waren. Wir müssen unbemannte Drohnen und hybride Kriegsführung thematisieren, die Gefahren eines möglichen Cyber- oder sogar Weltraumkrieges neu bewerten. Genauso wichtig: Wir müssen sprachlich abrüsten. Es ist wichtig, den Kreislauf regelmäßiger gegenseitiger Provokationen zu durchbrechen. So können wir die Eskalation einer Krisensituation verhindern.

Wir müssen miteinander reden. Dies wurde mir bei meiner Washingtonreise diesen Monat bewusst. Besonders in Gesprächen mit Frank G. Klotz, Under Secretary of Energy for Nuclear Security im Energieministerium, und Rose E. Gottemoeller, Under Secretary of State for Arms Control and International Security im Außenministerium, habe ich gemerkt, dass die USA trotz einiger Unterschiede im Tagesgeschäft ein stabiler Partner sind. So wünscht sich auch die US-Administration eine baldige Ratifizierung des Kernwaffenteststopp-Vertrages. Deshalb müssen wir uns auch in Zukunft um den Dialog bemühen. Selbstverständlich mit den USA, aber eben auch mit Russland. Gerade uns Europäern kommt in den Gesprächen eine wichtige Rolle zu. Wir sind es, die den Kontakt zu Russland halten und eine Vermittlerrolle einnehmen können und müssen. Das wird uns unserem Ziel der erfolgreichen Abrüstungspolitik einen bedeutenden Schritt näher bringen.

## US VIZE-PRÄSIDENT FORDERT WEITERENTWICKLUNG DER UKRAINE

Am Mittwoch kamen der US Vizepräsident Joe Biden und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Rahmen der UNO-Vollversammlung zusammen.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag mahnte Biden, dass, trotz des Minsker Abkommens, es keinen Frieden im Osten der Ukraine gäbe und sollte es weiterhin keine bedeutenden Fortschritte im politischen und ökonomischen Bereich geben, fielen auch die Gründe der Europäischen Union zur Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland weg. Es gäbe mehrere europäische Staaten, so Biden, die ein Wegfal-

len der Sanktionen begrüßen würden und man solle diesen nicht mit einem Stillstand in der Ukraine einen berechtigten Grund liefern. Laut Biden gebe es in Europa einen Instinkt zu sagen, dass die Ukraine sowieso zu Russland gehöre, jedenfalls bevor Poroschenko an die Macht kam, und viele der Meinungen wären in die Sanktionen gegen Russland von außen hinein getrieben worden zu sein.

Trotzdem versicherte Biden, dass die formalen Kriterien für einen weiteren Kredit in Höhe von einer Milliarde erfüllt worden seien.

## NEELIE KROES STOLPERT ÜBER BAHAMAS-LEAKS

Die niederländische ehemalige Wettbewerbs- und Digital-Kommissarin Neelie Kroes wurde laut Informationen der Süddeutschen Zeitung als Direktorin einer Briefkastenfirma auf den Bahamas zwischen 2000 und 2009 geführt - somit auch während ihrer Amtszeit in der EU-Kommission.

Die Politikerin hat damit gegen den Verhaltenskodex der Kommission verstoßen, nach dem Kommissare transparent sein

sollen. Dies beinhaltet auch, dass sie weder entgeltlichen, noch unentgeltlichen Nebentätigkeiten nachgehen dürfen. Darüber hinaus müssen ehemalige Kommissare eine Karenzzeit von 18 Monaten verstreichen lassen, bis sie einer neuen Beschäftigung nachgehen dürfen.

Kroes, die in ihrer Amtszeit selbst Unternehmenskartelle streng verfolgte, hatte bereits vor ihrer EU-Karriere enge Kontakte zu Großunternehmen.

## ARMUTSRISIKO IN DEUTSCHLAND STEIGT

2015 waren 15,7% der Deutschen - also mehr als jeder Siebte - von Armut betroffen. Sie erhielten weniger als 60% des mittleren Einkommens. Für einen Singlehaushalt lag der Satz bei 942 Euro.

Obwohl es einen positiven Trend in den neuen Bundesländern gibt, lag der Anteil der armen Menschen bei nahezu 20% und im bundesdeutschen Durchschnitt, galt ein größerer Anteil der Bürger als arm im Vergleich zum Vorjahr als 14,7% von Armut betroffen waren.

Die höchste Dichte armer Menschen gibt es in Bremen - dort ist jeder Vierte von Armut bedroht. Finanziell geht es den Deut-

schen in Bayern am besten - lediglich 10% der dortigen Bevölkerung fielen unter diese Armutsgrenze.

Die positivste Entwicklung zeigt Mecklenburg-Vorpommern - im Vergleich zu 2006 ist die Armutsquote um 2,6% gesunken.

Bei der Betrachtung der am stärksten betroffenen Gruppen wird deutlich, dass vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende, Personen ohne Schulabschluss sowie Empfänger von Arbeitslosengeld I und II ein hohes Armutsrisiko aufweisen.

Wer alleinstehend ist, hat ferner größere Herausforderungen finanzielle Sicherheit zu erlangen als Personen in Familien.

## FREMDENFEINDLICHKEIT BEDROHT WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

In den vergangenen 26 Jahren haben viele ostdeutsche Städte wirtschaftlich aufgeholt - Dresden, Leipzig oder Potsdam haben nicht nur Touristen, sondern auch Investitionen angezogen.

Aufgrund der Proteste von Pegida und Ausschreitungen mit Flüchtlingen, befürchtet der Chef des Ifo-Instituts Clemens Fuest, dass die wirtschaftlichen Perspektiven dadurch getrübt sein könnten, obwohl es sich um Einzelfälle und eine Minderheit in der Bevölkerung handelt. Jedoch beeinflusst das mediale Bild die Attraktivität in den Regionen.

DIW-Präsident Marcel Fratzscher sieht Weltoffenheit als wichtigen Wirtschaftsfaktor und Standortfaktor für Investitionen und innovative Geschäftsmodelle. Vor allem gut qualifizierte Ausländer würden sich gegen eine Arbeitsstelle in ostdeutschen Regionen entscheiden, die ein fremdenfeindliches Image haben. Für die neuen Bundesländer ist dies jedoch ein großes Problem: seit 2000 ist die Bevölkerungszahl um fünf Prozent aufgrund von Abwanderung gesunken - einige Städte bilden eine Ausnahme. Nichtsdestotrotz gibt es noch strukturelle Schwächen im Vergleich zum Westen.



## 12-PUNKTE-PLAN FÜR DIE DIGITALE AGENDA

Förderung von Startups, Unterstützung für die Entwicklung des autonomen Fahrens und die Energiewende sowie den Ausbau der Breitbandnetze - Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel möchte über 10 Milliarden Euro in die Digitalisierung investieren. Dafür hat er einen 12-Punkte-Plan zur Unterstützung seiner "Digitalen Strategie 2025" entwickelt.

Es geht sowohl um die Infrastruktur, als auch um bessere Verknüpfung klassischer Branchen mit digitalen Dienstleistungen und Produkten. Deutschland entwickelt sich beim Breitbandausbau nicht so schnell wie andere europäische Länder: Während in den Niederlanden

94% der Haushalte im vergangenen Jahr einen Breitbandzugang hatten, waren es in Deutschland 88%. Aus dem Wirtschaftsministerium heißt es zudem, dass die Marke von 50 Megabit pro Sekunde lediglich ein Zwischenschritt sein solle.

Besonders im Gesundheitswesen bestünde enormes Potenzial, betont der Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder, bspw. könnten die Telemedizin sowie digitale Gesundheitsverzeichnisse zu einer besseren Versorgung führen.

Ferner soll Deutschland als digitaler Industriestandort gestärkt werden - eine Milliarde Euro soll im Bereich der Mikroelektronik investiert werden.

## PERSONALIEN

## ALTHUSMANN ALS LANDESVORSITZENDER DER CDU NIEDERSACHSEN NOMINIERT

Der frühere niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann (49) ist am 17. September in einer gemeinsamen Sitzung des Landesvorstands und der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag für das Amt des CDU-Landesvorsitzenden nominiert worden. Darüber hinaus wurde er als Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen nominiert. Gewählt wird der Spitzenkandidat sowie ein neuer Landesvorstand am 26. November vom Landesparteitag.

## PIERLINGS LEITET GABRIELS MINISTERBÜRO

Tobias Pierlings (39) ist seit dem 16. September Leiter des Ministerbüros von Sigmar Gabriel (SPD) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Er folgt auf Philipp Steinberg, der nun Leiter der "Abteilung I Wirtschaftspolitik" im Ministerium ist und zuvor das Ministerbüro sowie die Unterabteilung LA Politische Planung in Personalunion leitete. Bislang war Pierlings Persönlicher Referent des Bundeswirtschaftsministers. Er berichtet an die neue Leiterin der Unterabteilung LA Politische Planung Leonie Gebers.

## FRÜHSTÜCK MIT DEM IRISCHEN BOTSCHAFTER

Die Initiative Hauptstadt Berlin veranstaltet am 26. September mit dem irischen Botschafter S.E. Michael Collins im Hotel Hyatt Berlin (Marlene-Dietrich-Platz 2, 10785 Berlin) ein Frühstück. Eine Anmeldung ist für die Teilnahme erforderlich und die genaue Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.

Der Diplomat war zuvor Botschafter in der Tschechischen Republik und der Ukraine und hat ebenfalls langjährige diplomatische Erfahrung in den USA.

## WORTE DER WOCHE

*»Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückspulen, um mich mit der ganzen Bundesregierung und allen Verantwortungsträgern besser vorbereiten zu können auf die Situation, die uns dann im Spätsommer 2015 eher unvorbereitet traf.«*

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel gesteht unter dem Druck des CDU-Wahldesasters in Berlin Fehler in der Flüchtlingspolitik ein.

*»Berlin bleibt sozial und menschlich anständig [...] über 90 Prozent haben die nicht gewählt. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie.«*

SPD-Chef Sigmar Gabriel über das zweistellige Abschneiden der AfD bei den Berliner Wahlen.

*»Entweder Versöhnung oder Trennung. Aber noch länger zu streiten ist die inakzeptabelste Lösung.«*

Wolfgang Reinhard, baden-württembergischer CDU-Landtagsfraktionschef, hat genug vom andauernden Zwist mit der CSU.

*»EU-Gipfel in Bratislava ist ein Fiasko. Die Europäische Union ohne das Vereinigte Königreich ist in einem noch größeren Maße gespalten, als die EU mit dem Vereinigten Königreich.«*

Der ehemalige italienische Nato-Botschafter Stefano Stefanini gegenüber der europäischen Ausgabe der Zeitung „Politico“.

*»Viel ist in diesen eigentlich alltagssprachlichen Satz hineininterpretiert worden. [...] So viel, dass ich ihn inzwischen am liebsten kaum noch wiederholen mag, (Er ist) zu einem schlichten Motto, beinahe (zu) einer Leerformel geworden.«*

Bundeskanzlerin Angela Merkel über den Satz „Wir schaffen das“.

*»Es wird höchste Zeit, dass wir Gemeinsamkeiten finden, um in der Bundestagswahl zu bestehen [...] So schwierig war die Situation für die Union noch nie.«*

Der CSU-Chef Horst Seehofer. Als Konsequenz aus den CDU-Verlusten wollen sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der CSU-Chef um neue Einigkeit bemühen.

*»Sollten wir nichts tun, um diesem schrecklichen Zweikampf Einhalt zu gebieten, wird er Europa und letztendlich uns alle erfassen.«*

Der ehemalige Befehlshaber der Nato-Truppen in Europa, der US-General Philip Breedlove, anlässlich der Spannungen zwischen den USA und Russland.

*»Das halte ich für einen hochrespektablen Akt.«*

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende, Bundesagrarminister Christian Schmidt, anlässlich der Selbstkritik von Kanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik.

## TERMINE

**26.9. KAS ZU INNOVATIONEN IM BILDUNGSBEREICH**  
Diskussionsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zum Thema „Innovative Bildung von der Alternativschule bis zur Online-Education-Plattform“, u.a. mit der Geschäftsführenden Direktorin des International Institute for Sustainability Management an der SRH Hochschule Berlin Prof. Anabel Ternès, dem Gründer der Open Higher Education gGmbH Markus Kreßler Kiron und dem Gründer von Diplomero Berlin Max Meister Konrad-Adenauer-Stiftung - Akademie, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich).

**27.9. BUNDESVERBAND DEUTSCHE STARTUPS ZU SOZIALUNTERNEHMEN**

Kongress des Bundesverbands Deutsche Startups und von Hilfswerft gGmbH zum Thema „Social Startup Challenge“. Beginn: 9:00 Uhr. Ort: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

**27.9. SOCIAL START-UP NIGHT IM BMWI**

Diskussionsveranstaltung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesverbands Deutsche Startups zum Thema „Vom Social Thinking zu Social Entrepreneurship“, u.a. mit der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister Brigitte Zypries, der Leiterin Soziales Unternehmertum bei Boehringer Ingelheim Manuela Pastore und dem Koordinator Social Entrepreneurship im Bundesverband Deutscher Startups Markus Sauerhammer Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich).